

# »Das kann doch nicht ernstgemeint sein!«

## Eher ein schlechter Witz: Die Bundesregierung will die Hartz-IV-Bezüge um fünf auf 404 Euro pro Monat anheben. Ein Gespräch mit Martin Künkler

Gitta Düperthal

---

*Martin Künkler ist Sprecher der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)*

### **Die CDU-SPD-Bundesregierung will Hartz IV ab 2016 um fünf Euro anheben. Ein Alleinstehender soll dann 404 Euro im Monat plus Miete erhalten; also 1,25 Prozent mehr. Wie finden Sie das?**

Die Bundesregierung will den Hartz-IV-Satz der Preis- und Lohnentwicklung anpassen. Sie ist aber in der Pflicht, die Hartz-IV-Leistung grundsätzlich neu zu ermitteln und deutlich zu erhöhen. Wir, die gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen, fordern das in einem Appell an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und die im Bundestag vertretenen Fraktionen anderer Parteien. Nahles kommt ihren gesetzlichen Pflichten nicht nach: Hartz-IV-Beträge sind alle fünf Jahre aufgrund des Ausgabeverhaltens unterer Einkommensgruppen festzusetzen, sobald die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vorliegen. Just am Donnerstag hatte das Statistische Bundesamt die EVS 2013 veröffentlicht. Jetzt kündigt die Regierung an, fünf Euro mehr zahlen zu wollen, statt den Satz komplett neu zu berechnen. Bei der bevorstehenden Neufestsetzung darf sie weder willkürlich kürzen noch manipulieren. Alles andere wäre Rechtsbruch.

### **Was sollte die Bundesregierung tun?**

Die Stromkosten sind seit 2008 um 38 Prozent in die Höhe geschossen, viele können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli 2014 entschieden: Der Gesetzgeber muss die tatsächliche Entwicklung der Stromkosten zeitnah berücksichtigen, er darf nicht einmal bis zur nächsten, turnusmäßigen Anpassung von Hartz IV warten. Wir fordern die Regierung auf, die Vorgabe des Gerichts endlich umzusetzen.

Anderes Beispiel: Für ein 13jähriges Kind sind pro Tag für Essen und Trinken 3,53 Euro vorgesehen. Das Forschungsinstitut für Kinderernährung in Dortmund hat festgestellt: Wer das ansatzweise hinbekommen will, müsste täglich vier Discounter abklappern, um jeweils die günstigsten Angebote herauszupicken. Hartz-IV-Bezieher als Schnäppchenjäger – aber sollen sie nicht eigentlich Arbeit suchen? Daran ist nicht zu denken, zumal im ländlichen Raum, wenn man kein Auto hat! Die Mobilität ist dort ein Problem wie auch in Großstädten. Der Gesetzgeber hat bei der letzten Festsetzung die Kosten dafür auf üble Weise kleingerechnet; zum Maßstab hat er Personen in Stadtzentren erklärt, die ihre Wege meist zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen.

### **Die stellvertretende Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht hat 500 Euro monatlich zusätzlich zur**

**Mietkostenübernahme gefordert ...**

Die Größenordnung stimmt, wenn man auf die Mängel von Hartz IV schaut.

**Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Michael Eilfort, sagte *Bild*, jede Hartz-IV-Erhöhung sei ein »Anreiz zu Nichtarbeit«. Wer nicht arbeite, erhalte automatisch jährlich mehr Geld, wer arbeite nicht. Was sagen Sie dazu?**

Aus seiner Aussage spricht das Arbeitgeberinteresse an gefügigen Arbeitnehmern und niedrigen Löhnen. Die völlig unzureichenden Hartz-IV-Beträge führen dazu, aus der Not heraus unattraktive und mies bezahlte Arbeit annehmen zu müssen. Hartz IV ist das Schmiermittel, um prekäre Jobs durchzusetzen. Zum Schutz für Arbeitnehmer ist eine Schutzbarriere einzuführen, die den Zwang mindert, sich auf unzumutbare Jobs einlassen zu müssen.

**Was antworten Sie dem in diesem Blatt zitierten Christian von Stetten (CDU): Bei der Höhe der Hartz-IV-Sätze sei es »kein Wunder, dass es das Geschäftsmodell Hartz IV« gebe und dass angebotene Arbeit konsequent abgelehnt werde?**

Quatsch. Jeder, der mal von Hartz IV leben musste, weiß, dass der Weg zum Jobcenter dornig und steinig ist. Das ist kein Zuckerschlecken. Die meisten Leute tun in dieser Situation alles, um schnell aus der Mühle herauszukommen. Es klappt aber nicht, die Arbeitsplätze fehlen.

**Was plant die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) nun?**

Uns hat überrascht, dass *Bild* die Ankündigung der geplanten mickrigen Erhöhung mit Verweis auf Regierungskreise übermittelt hat. Das Bundeskabinett wolle sie am 23. September beschließen. Ich hoffe, dass Verbände, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen jetzt Druck machen. Das kann doch nicht ernst gemeint sein; Armut und Ausgrenzung würden so zementiert.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/09-12/017.php>